

Das Militär : Symbiose von Gewalt und Herrschaft

Autor(en): **Krippendorff, Ekkehart**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft 17

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652056>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Militär: Symbiose von Gewalt und Herrschaft *

Wenn Einsteins/Russells Forderung: «Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit überleben soll“, ernst gemeint ist, muss vermieden werden, dass unter der Hand – oder unter diesen vielen Dimensionen – die eigentlich zentrale Thematik von Krieg, Frieden und organisierter Gewalt, in der alle diese Dimensionen letztlich ihren zentralen Bezugspunkt haben, in Vergessenheit gerät, ja, aus der Friedensforschung ausgeklammert wird: die Rede ist vom Militär.

Scheinbare Binsenweisheit: ohne Militär kein Krieg (was, um Missverständnisse auszuschliessen, nicht heisst: keine Gewalt zwischen Individuen oder Gruppen, die gehört woanders hin und hat mit Krieg als organisierter Gewalt zunächst einmal nichts zu tun).

Wirklich «neues politisches Denken» heisst, über politische Ordnung antizipierend nachzudenken und die Bedingungen von deren Möglichkeit historisch und systematisch zu untersuchen, *die ohne die Existenz von Militär auskommt*. Die zentrale Bedingung der Möglichkeit von Kriegen ist das Militär, das heisst die staatlich-herrschaftliche Institution organisierter (auch ökonomisch, technologisch, ideologisch und so weiter gestützter) Gewalt; und die letztlich ebenso entscheidende Bedingung der Möglichkeit von Frieden (wiederum, um die vorhin gemachte Andeutung zu wiederholen: nicht von zwischenmenschlicher Gewaltfreiheit) ist die Abwesenheit von Militär, von uniformierten und politisch legitimierten Tötungsexperten.

*

Ich kann die Begründung für diese Feststellungen hier nur in der – vorgeschriebenen – «pointierten» Kürze geben (ausführlicher dazu «Staat und Krieg»). Als erstes und Wichtigstes ist davon auszugehen, dass die Institution Militär mehr ist als ein blosses «Instrument», das man, wie ein Werkzeug, je nach dem, wer es bedient, so oder so – friedlich oder aggressiv – einsetzen könne: als komme es nur auf den politischen Willen, auf die «Führung» an. Das ist eine sowohl historisch als auch systematisch ganz unzulässige, platte Verkürzung, die allerdings nahezu universal (von Wissenschaft und Politik) behauptet wird: es ist die eigentliche Lebenslüge des Militärs selbst und aller um die Macht konkurrierender Klassen. Die Institution Militär ist ebensowenig «wertneutral», ist ebensowenig ein blosses «Gefährt», bei dem es nur darauf ankomme, wer der Fahrer ist, wie der Staat eine wertneutrale, politische Maschinerie ist, bei der es nur darauf ankomme, dass sie von den jeweils «besseren» oder «richtigen» (oder friedlichen) Leuten bedient und gelenkt werde. (Damit soll natürlich auch nicht im Geringsten geleugnet werden, dass es «friedenspolitisch» – oder auch sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch, et cetera – selbstverständlich einen bisweilen folgenreichen

Unterschied macht, wer da regiert.) In der Institution Militär verdingt sich, mehr als in jeder anderen sozialen Institution, die Herrschaft, die Macht von Menschen über Menschen. Über diese Institution vermittelt, hat sich der moderne (absolutistische) Staat der europäischen Neuzeit ebenso kultiviert, wie vor-moderne europäische und ausser-europäische Staatlichkeit. Das Militär, und die mit ihm einhergehende politische Herrschaftshandlung des Krieges, hat den modernen Staat bis in seine Verwaltungsstrukturen und seine nationalen Identitätspsychologien hinein auf allen Ebenen – in allen seinen «Dimensionen» – geprägt und gestaltet, und das selbe gilt auch, wenn auch weniger allumfassend, für die vor-moderne Herrschaft.

*

Zum zweiten ist die Figur des Soldaten, des Mannes (heute oft auch der Frau) in Uniform, genauer zu betrachten. Die Figur des uniformierten, zum Gehorsam verpflichteten Experten für legitime Gewaltanwendung ist die konkrete Verdinglichung herrschaftssichernder Unterwerfung und damit Entmenschlichung. Die Uni-Form kennzeichnet ihn als ent-individualisiert, auswechselbar, als reduziert auf nur eine Funktion, als «eindimensionalen» Menschen. Der Soldat wird gezwungen, einen Eid abzulegen – auf die Fahne, auf den Staat, auf die Führung des Staates: er wird damit gegenüber inhaltsleeren Symbolen zur Treue, auch zum Töten und Getötetwerden für Ziele verpflichtet, die er selbst nicht zu bestimmen oder kritisch zu beurteilen hat. Deren Bestimmung ist Sache der politischen Führung, also der jeweiligen die Macht innehabenden Fraktion der politischen Klasse eines Staates. Er muss Fetischen – Fahnen zum Beispiel – salutieren, oder auch dem Vorgesetzten, nur weil dieser – wiederum ein Fetisch – durch besondere äussere Merkmale gekennzeichnet ist, unterwürfige Achtungshaltungen bezeugen. Die Figur des Soldaten manifestiert die Erscheinungsform der menschlichen Entfremdung in allen Herrschaftsformationen. Sie repräsentiert den Staat als Maschinenmensch in Reih und Glied beim Empfang von ausländischen Staatsoberhäuptern, demonstriert sichtbar, verdinglicht, die Entpersonalisierung des Menschen zum Parade- und potentiellen Kriegsmaterial. Wir haben, so wird dem Staatsgast in diesem Akt symbolischer Politik signalisiert, unser Volk unter Kontrolle: es ist bereit, für uns, unsere Politik zu sterben – also sieh dich vor, oder besser: behandle uns mit Respekt.

Der Soldat steht hier für das Staatsvolk – und für die Kriegsbereitschaft des Staates. Darum müssen auch im Soldaten bestimmte Eigenschaften aus der unendlichen Fülle menschlicher Möglichkeiten systematisch und wohlüberlegt auf Kosten anderer Eigenschaften gefördert und «gezüchtet» werden: ob es die Unterordnung ist, die Aggressivität und die Tötungsbereitschaft, die explizite «Männlichkeit», die Gruppendisziplin, oder ob es die Einsatzbereitschaft für ein «höheres Ganzes» ist, anstatt, zum Beispiel, Kritikfähigkeit, Selbständigkeit, Selbstbewusstsein, Zweifel, Liebe, Zärtlichkeit, Phantasie, Kreativität, Brüderlichkeit/Schwesterlichkeit... Der Soldat hat Befehlen zu gehorchen von Vorgesetzten, die er sich nicht selbst ausgewählt hat. Im Befehl kommt Herrschaft, die heute (und nicht erst seit heute)

im Staat institutionalisierte Macht von Menschen über Menschen, auf ihren wahren Begriff. Elias Canetti, der mehr als andere über das Wesen der Macht nachgedacht hat (und von dem die Friedensforschung viel zur Perspektivengewinnung zu lernen hätte), hat darüber unter anderem geschrieben: «Die Erziehung des Soldaten beginnt damit, dass ihm viel mehr *verboten* wird als anderen Menschen. Auf die kleinsten Übertretungen stehen schwere Strafen. Die Sphäre des Nicht-Erlaubten, mit der jeder schon als Kind vertraut gemacht wird, erweitert sich für den Soldaten ins Riesenhafte. Mauern über Mauern werden um ihn errichtet; man leuchtet sie für ihn ab, man lässt sie vor ihm wachsen. Ihre Höhe und Strenge kommt ihrer Deutlichkeit gleich. Es ist von ihnen immer die Rede, er kann nicht sagen, dass er sie nicht kennt. Er beginnt, sich so zu bewegen, als ob er sie immer um sich fühlte. Das *Eckige* des Soldaten ist wie das Echo seines Körpers auf ihre Härte und Glätte; er bekommt etwas von einer stereometrischen Figur. Er ist ein Gefangener, der sich seinen Mauern angepasst hat; ein Gefangener, der es zufrieden ist; der sich gegen seinen Zustand so wenig wehrt, dass die Mauern ihn formen. Während andere Gefangene nur einen Gedanken kennen: wie sie ihre Mauern übersteigen oder durchbrechen könnten, hat er sie als eine neue Natur, als natürliche Umgebung anerkannt, der man sich anpasst, zu der man selber wird. Wer sich das volle Mass des Verbotenen auf diese intensive Weise einverleibt hat, wer durch die Verrichtungen eines vollen Tages – und Tag für Tag – beweist, dass er dem Verbotenen auf das genaueste auszuweichen versteht, der erst ist wirklich ein Soldat. Für einen solchen hat dann auch der Befehl einen erhöhten Wert. Er ist wie der Ausfall aus einer Festung, in der man zu lange liegt. Er trifft wie ein Blitz, der einen über die Mauern des Verbotenen hinüberschleudert; wie ein Blitz, der nur manchmal tötet. In dieser massenhaften Öde des Verbotenen, das sich auf allen Seiten um ihn erstreckt, kommt der Befehl als Erlösung: die stereometrische Figur belebt sich und setzt sich auf Befehl in Bewegung.» (Masse und Macht, 1960). Soviel zur Figur des Soldaten.

*

Zum dritten muss, ebenso «pointiert», etwas über den Zusammenhang von Militär und Krieg selbst in Erinnerung gerufen werden. Die blosse Existenz des Militärs – und zwar hier für einen kurzen analytischen Augenblick als Instrument betrachtet – «verführt» gewissermassen notwendig dazu, dieses zu politischen, zu herrschafts- und ordnungspolitischen Zwecken auch einzusetzen. Kriege waren, sind und bleiben ein Mittel der Politik, fester Bestandteil im Kalkül aller Regierenden – ob nun passiv-defensiv als «Abschreckungspotential», oder aktiv-aggressiv als «Drohpotential», oder als tatsächlich eingesetztes Mittel zur Exekution eines politischen Willens. «Im Kalkül der Regierenden» will sagen: es gibt keinen mir bekannten Krieg, der als solcher – als organisierte, zweckmässig eingesetzte militärische Handlung – qualifizierbar ist, der den Regierenden von einer den «Krieg» fordernden Volksmenge oder spontan sich mobilisierenden Masse aufgezwungen worden wäre; insofern gelten da noch immer uneingeschränkt Kants Thesen über den «Ewigen Frieden». Das schliesst nicht aus, dass es einige wenige hi-

storische Situationen gegeben hat, wo Kriege für kurze Zeiten von einer Bevölkerungsmehrheit auch mit Begeisterung unterstützt wurden (wie im europäischen Juli 1914), aber immer musste eine solche Massenbasis erst durch manipulierte Fehlinformationen und langfristige von oben produzierte Feindbilder artifiziell hergestellt werden. Kriege werden gemacht, geplant, herbeigeführt, sie sind *nicht* Ausdruck und Ergebnis kollektiver Aggressivität einer Nation gegenüber einer anderen (deren Existenz und daraus entspringende Gewalttätigkeiten zu leugnen wäre naiv, hat aber wiederum mit Krieg nichts zu tun, für den als Mittel der Politik solche latenten Berührungspunkten immer nur Vorwand sind).

Die «Verführbarkeit» der Regierenden, militärische Mittel zwecks Lösung von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten tatsächlich auch einzusetzen, ist aber nun nicht nur eine instrumentelle im technischen, sondern in einem viel weiterreichenden Sinne. Militär als «real existierendes Mittel» impliziert auch eine Verführung zur Reduktion von Komplexität. Das bekannte Bild vom Gordischen Knoten, den Alexander der Grosse bekanntlich, da ihm das friedliche Auflösen zu umständlich, langwierig und zeitraubend war, mit dem Schwerte zerschlug, trifft die Sache im Kern. Die Gewaltanwendung ist immer die scheinbar einfachste, scheinbar effizienteste, scheinbar eindeutigste Lösung komplizierter gesellschaftlicher Probleme. Streiks und Rebellionen gewaltsam niederzuschlagen, ist immer einfacher, als die Ursachenbeseitigung; für die Lösung von Grenzkonflikten, für den Schutz befreundeter aber verunsicherter Regime oder für vermeintlich fehlenden Lebensraum bietet immer das Militär einfache, nach Kosten und Nutzen genau berechenbare Lösungen an – scheinbar: denn man kann ebenso (wissenschaftlich abgesichert) festhalten, dass diese Rechnungen fast nie aufgingen, dass die Kosten fast immer viel höher waren, als berechnet, dass die politisch-gesellschaftlich-kulturelle Realität immer viel komplexer war, als sie sich in den Planungen und Kalkulationen der Militärs darstellte.

Damit ist aber indirekt ein weiteres «Militärproblem» angesprochen: es geht eben (siehe oben) nicht um «das Militär» im engen, instrumental-institutionellen Sinne, sondern um das Militärische im Politischen, um die Symbiose von Gewalt und Herrschaft. Denn es sind nicht die Militärs, die der Politik ihre Lösungen aufzwingen (wie das Gerhard Ritter in seiner deutschen Militarismus-Geschichte nachzuweisen versuchte), sondern die Politik, die politische Klasse denkt immer auch und zugleich in militärischen Kategorien. Saddam Hussein ist ebensowenig Militär wie Reagan oder wie Kennedy einer war oder wie Wörner einer wäre, der aber gleichwohl unter Sicherheit in seinem bornierten Horizont nichts als Divisionen und Abschreckungspotential versteht; die Sicherheitswissenschaftler haben dazu die entsprechenden Kategorien entwickelt. Die Friedensforschung ihrerseits ist in ihrer keineswegs gering zu veranschlagenden Strategiekritik, ihrer manchmal eindrucksvollen Kritik militärstrategischen Denkens da bislang nicht radikal genug gewesen und ist es immer noch nicht.

Radikal, an die Wurzel gehend, ist Friedensforschung dann – und zwar ganz «altmodisch», systematisch und historisch –, wenn sie, statt sich immer

mehr thematisch auszuweiten, bis hin zu «Erscheinungen des Bösen» (das ist falsche, auswegslose Radikalität), wieder die Gretchenfrage ins Zentrum rückt: die Militärfrage. Und dies ist, zuende gedacht, dann in der Tat vieldimensional, überaus komplex, vielschichtig, geht an die Wurzel nicht nur des politischen Denkens, sondern unserer tradierten politischen Ordnungsvorstellungen überhaupt, die wir anscheinend von ihrer staatlichen Gestalt, dem engen Horizont der Staatlichkeit nicht zu lösen, zu befreien in der Lage sind. Utopie? Aber warum denn nicht, wenn wirklich «neue Denkweisen» gefordert sein sollen. Nennen wir's statt dessen vielleicht besser und richtiger antizipierendes Vorausdenken über das katastrophengesättigte Bestehende hinaus: die Richtung – Friedensforschung als fundamentale Militärkritik – ist wichtiger als der Entwurf irgendwelcher «utopischer» Idealweltordnungen.

* Dieser hier stark gekürzte Beitrag erschien in: B.Moltmann (Hg.): Perspektiven der Forschungspolitik. Schriften der Arbeitsgemeinschaft f. Friedens- und Konfliktforschung. Tübingen 1988. Der Titel stammt von der Red. Teile des Beitrags waren in der GSoA-Zitig, Dez./88 zu lesen. Hinzuweisen ist auf das Buch von E. Krippendorff: Staat und Krieg. Zur Logik der politischen Unvernunft. Frankfurt/M. 1984.

Andreas Gross

Die Initiative der GSoA macht mobil

Überlegungen zur grünen und sozialdemokratischen Skepsis nach dem SPS-Parteitag vom 3. Juni 1989

In der Schweiz fehlt es der ‚Gruppe Schweiz ohne Armee‘ weder an mobilisierenden und stimulierenden Gründen noch sind die friedenspolitischen Chancen kleiner geworden, im Gegenteil. Viele engagierte Menschen im linken und grünen Spektrum, vor allem aber auch viele politisch bisher eher zurückhaltende Landsleute haben dies erkannt. Sie sind in den letzten Monaten im näheren und weiteren Umfeld der GSoA in einem Ausmass aktiv geworden, wie auch die GSoA-Engagierten selber dies kaum zu hoffen wagten. Sie waren und sind es, die aus der ‚Schweiz ohne Armee‘, lange Zeit ein eidgenössisches ‚Unthema‘, das ‚Thema des Jahres‘ (Dieter Bachmann) machen.

Gerade im alternden Teil der Neuen Linken begegnete man der GSoA-Initiative jahrelang mit grosser Skepsis bis Ablehnung (1). Entsprechende Blockierungen bestehen nach wie vor (2). Dies haben vor allem einige linksgrüne Voten in der Nationalratsdebatte zur GSoA und in den Sektionsdebatten im Vorfeld des ausserordentlichen SPS-Parteitages zur GSoA wie auch an diesem selber gezeigt.